

BRALA SPEZIAL



SCHWACHE LEISTUNG:

Ist Massentierhaltung
noch zu stoppen?

> Seite 3/4



GESCHWÄCHT DURCH ANTIBIOTIKA:

Sind wir noch zu retten?

> Seite 5



STARKES BEKENNTNIS:

Kippt Brandenburg
Genmais 1507?

> Seite 6

MIT SONDERSEITEN
ZUR BRALA 2014



Rosige Zeiten?

Ist das süüüß! Dieses rosa Ferkel ist wohl der Inbegriff einer Landwirtschaft, wie sie sich die meisten Menschen wünschen – LandwirtInnen und VerbraucherInnen gleichermaßen. Die Tiere bekommen ihr Futter vom eigenen Hof, haben genügend Auslauf und ein gesundes, glückliches Leben. BäuerInnen erzeugen, verarbeiten und vermarkten ihre Produkte naturschonend und regional, können mit ihrem Betrieb sich und ihre Familien ernähren.

Die Welt hinter den meisten Stalltüren sieht jedoch anders aus: industrielle Massentierhaltung, hoher Ressourcenverbrauch und Nährstoffeintrag auf Kosten der Umwelt, prekäre Arbeitsbedingungen,

Lebens- und Futtermittelskandale. Unsere Alternative zur industriellen Tierproduktion bzw. zur idyllischen Museumslandwirtschaft ist eine moderne Landwirtschaft. Mit der wieder möglichen Ökoanbauförderung, dem Verbot von Agro-Gentechnik auf Landesflächen, der Diskussion von Landgrabbing und Antibiotikaresistenzen haben wir schon vieles erreicht. Was wir noch vorhaben – nicht nur im Bereich Landwirtschaft – können Sie in dieser brandGRÜN-Ausgabe lesen.

Eine anregende Lektüre wünschen

3 FRAGEN AN...

AXEL VOGEL


Ihre Fraktion ist auf der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung im märkischen Paaren/Glien dabei – was versprechen Sie sich davon?

Die Agrarwende ist eines unserer politischen Kernanliegen. Wir wollen unsere Vorstellungen von einer ökologischen, nachhaltigen, regionalen und bäuerlichen Landwirtschaft mit den LandwirtInnen und VerbraucherInnen diskutieren und uns ihren Fragen stellen. Denn Landwirtschaft geht alle an. Schließlich geht es um viel: die Zukunft des ländlichen Raums, den Schutz von Natur und Heimat, um unsere Gesundheit und nicht zuletzt: ums Klima.

Was haben Sie in Sachen Landwirtschaft erreicht?

Ohne uns wären Themen wie Massentierhaltung und Antibiotikaresistenzen wohl kaum im Landtag diskutiert worden. Wir haben erreicht, dass auf landeseigenen Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen mehr angebaut werden dürfen und sich die Regierung gegen die Zulassung von Genmaissorten sperrt. Auf Ökoanbau umstellende Betriebe werden auch dank unseres stetigen Nachhakens nun wieder vom Land gefördert.

Die Landwirtschaft spielte auch eine große Rolle in der Enquete-Kommission zur DDR-Aufarbeitung, die Sie initiierten und die gerade ihren Abschlussbericht vorgelegt hat.

Das liegt mir besonders am Herzen: Rund 40 missglückte LPG-Umwandlungen, bei denen LandwirtInnen rechtswidrig um ihre Genossenschaftsanteile geprellt wurden, werden erneut geprüft. Vom Land enteignete Neusiedler-ErbInnen sollen wieder in ihre Eigentumsrechte gesetzt oder entschädigt werden. Die Kommission empfiehlt eine nachhaltige Agrarförderungspolitik, an der die Region verdient und nicht gebietsfremde GroßinvestorInnen, die gerade reihenweise großflächige LPG-Nachfolgebetriebe aufkaufen.

Axel Vogel ist Vorsitzender der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag

HILFE FÜR HEBAMMEN

Brandenburg ist eines von 5 Bundesländern, die im Bundesrat die Haftpflichtproblematik der Hebammen angehen wollen. Ohne eine Lösung werden freiberufliche Hebammen ab 2015 keine Geburten mehr begleiten, keine Kurse mehr durchführen und keine Frauen in Schwangerschaft und Wochenbett mehr betreuen können. Unsere Fraktion sieht auch alle anderen medizinischen Heilberufe mittelfristig betroffen und schlägt eine Berufshaftpflicht nach dem Prinzip der Unfallversicherung vor. Mit unserer Großen Anfrage haben wir schon Anfang 2013 auf die unzureichende Hebammenversorgung in Brandenburg aufmerksam gemacht.

www.gruenlink.de/ppr

KONTROLLE FÜR KAMMERN

Die Industrie- und Handelskammern des Landes (IHK) sollen – wie bereits alle anderen Kammern – künftig einer unabhängigen Prüfung durch den Landesrechnungshof unterliegen. Der Inhalt eines entsprechenden Gesetzentwurfes unserer Fraktion wurde vom hiesigen Landesrechnungshof befürwortet und erhielt seine besondere Dynamik durch die jüngste „Verschwendungsaffäre“ in der IHK Potsdam, die zum Rücktritt des Potsdamer IHK-Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers führte. Rot-Rot wollte den Vorschlag jedoch nicht einmal in den Ausschüssen diskutieren.

www.gruenlink.de/prt

BESCHLEUNIGUNG BEI DER BREMSE

Nur einen Tag nachdem unsere Fraktion einen Antrag zur Einführung einer Mietpreisbremse einreichte, kündigte das Infrastrukturministerium eine entsprechende Rechtsverordnung für Brandenburg an. Minister Jörg Vogelsänger folgt damit unserer Forderung, Gebiete festzulegen, in denen die Miete innerhalb von 3 Jahren nur noch um maximal 15 Prozent steigen darf.

www.gruenlink.de/r7w



© slash - photocase

FÜR EINE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT GEGEN MASSENTIERHALTUNG

Wenn 40.000 Menschen jedes Jahr die Brandenburger Landwirtschaftsausstellung in Paaren/Glien besuchen, dann ist das eine gute Bilanz für die BRALA. Eine gute Bilanz für Brandenburgs Landwirtschaft lässt sich daraus aber nicht ablesen.

Die Mark ist ein traditionelles Agrarland. Doch trotz hoher Subventionen für die Betriebe von 400 Mio Euro pro Jahr sinkt der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt stetig – auf nun 1,7 Prozent. In den letzten 10 Jahren hat die heimische Landwirtschaft 1.400 Betriebe und in den letzten 5 Jahren 2.600 Beschäftigte verloren. In einem durchrationalisierten Ackerbaubetrieb sind gerade einmal 5 Arbeitskräfte pro 1.000 Hektar tätig. Immer größere Agrarfabriken machen den ländlichen Raum und die soziale Gemeinschaft

kaputt, weil weniger Menschen Arbeit finden und abwandern.

75 Millionen Broiler

Immer mehr Massentierhaltungsanlagen werden in Brandenburg genehmigt. Allein in der Hähnchenmast sind landesweit 5 Millionen Plätze in Betrieb, weitere 1,2 Millionen sind genehmigt, noch 1 Million Plätze beantragt, ein Ende des Booms nicht in Sicht. Angesichts der Lebensdauer eines Masthähnchens von rund 35 Tagen produziert Brandenburg 75 Millionen Broiler im Jahr. In einem Mastbetrieb sind 400.000 Hähnchen oder 20.000 Schweine keine Seltenheit. Doch die Region profitiert davon nicht. In der Regel ist eine Arbeitskraft für 2.000 Mastschweine bzw. 40.000 Hühner tätig. Die Gülle verseucht heimische Äcker, Nitrat die

Seen und Flüsse. Staub und Keime greifen die Gesundheit der Beschäftigten und AnwohnerInnen an, Orte und Landschaften werden für Gäste und Hinzuziehende unattraktiv. Das Billigfleisch wird unterdessen zur Verarbeitung und Vermarktung oft in andere Regionen gekarrt.

Blauäugig und naiv?

Viele BürgerInneninitiativen wehren sich vor Ort gegen Gestank und Verkehr, die Zerstörung ihrer Heimat und gegen Tierquälerei. Ministerpräsident Woidke bezeichnete den Protest als blauäugig und naiv; sein Agrarminister will weitere solcher Anlagen ins Land holen, obwohl der Fleischmarkt längst übersättigt ist. Die Massentierhaltung löst aber nicht die Ernährungsprobleme der Erde und auch nicht die Strukturprobleme in Brandenburg.



Für artgerechte Tierhaltung ...



... gegen intensive Massentierproduktion

Bäuerlich und regional, nachhaltig und ökologisch!

Unsere Fraktion fordert, dass das Land nur noch Anlagen mit einer artgerechten Tierhaltung fördert. Für Tiere muss es eine zahlenmäßige Obergrenze pro Hektar und Stall und ausreichend Auslauf geben; das schmerzhaft Abschnitten von Schwänzen und Schnäbeln ist tabu. Verbände sollen gegen Tierquälerei in der Landwirtschaft klagen können.

Bislang verweigert sich Rot-Rot den von uns geforderten schärferen Brandschutzregeln in Ställen und intensiveren Kontrollen der Tierbestände – nicht selten werden mehr Tiere gemästet als genehmigt. Statt in Kauf zu nehmen, dass tropische Regenwälder für Soja-Anbau abgeholzt werden, sollte das Land den Anbau eiweißhaltiger heimischer Futterarten als Alternative zu Sojaimporten fördern.

Im Bundesrat ist Brandenburgs Stimme für neue Regelungen im Bau- und Immissionsrecht gefragt. Die Genehmigungspraxis ist so zu ändern, dass Menschen, Natur und Klima weniger durch Ammoniak und Treibhausgase, Gerüche und Gifte, Keime und Pilze belastet werden. BürgerInnen und Kommunen sollen mehr Mitspracherechte im Genehmigungsverfahren bekommen. Die Verwendung von Düngemitteln und Antibiotika muss neu geregelt und besser überwacht werden.

Ortsansässige LandwirtInnen stärken

Die Förderpraxis bei der Massentierhaltung und die EU-Subventionspolitik leisten dem „Landgrabbing“ Vorschub. Um 23 Prozent sind die märkischen Ackerpreise von 2012 auf 2013 erneut gestiegen, auch weil nicht-regional ansässige InvestorInnen Großbetriebe und Flächen aufkaufen. Für heimische LandwirtInnen wird es immer schwieriger, Betriebe und

Höfe zu übernehmen oder zu gründen. Wir wollen, dass die noch nicht veräußerten BVVG-Flächen in kleine Lose geteilt und zuerst ortsansässigen LandwirtInnen angeboten werden. Die vom Landtag auf unsere und CDU-Initiative hin eingerichtete Arbeitsgruppe Bodenmarkt ist ein erster Schritt.

Agrarwende jetzt

Die Forderungen unserer Fraktion decken sich mit den Zielen der Brandenburger Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung.“ 25.000 Unterschriften will das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg sammeln und dem Landtag übergeben: www.agrarwende.de

*Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender
Sabine Niels, Agrarpolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/pre

ANTIBIOTIKA IN DER TIERHALTUNG – GEFAHR FÜR UNSERE GESUNDHEIT

SIND WIR NOCH ZU RETTEN?

Es sind 1.600 Tonnen im Jahr – kein anderes europäisches Land setzt so viele Antibiotika in der Tiermast ein wie Deutschland. Pro erzeugter Tonne Fleisch werden bei uns doppelt so viel Antibiotika verabreicht wie in den Niederlanden und fünf Mal so viel wie in Dänemark. Die Wissenschaft ist sich sicher, dass der massive Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung mitverursachend für die Entstehung und Verbreitung resistenter Haut- und Darmkeime bei Menschen und bei Tieren ist.

In Krankenhäusern sind multiresistente Keime bereits ein großes Problem und lebensbedrohlich besonders für Immungeschwächte wie KrebspatientInnen, Zuckerkranken, Frühchen oder Transplantierte. Bis zu 30.000 Menschen sterben jedes Jahr daran. Die Weltgesundheitsorganisation warnt eindringlich, dass es bei bedrohlichen Infektionen bald keine Behandlungsoptionen mehr geben könnte.

Resistente Bakterienstämme entstehen besonders dort, wo viele Antibiotika verabreicht werden – in Hospitälern und der Intensivtierhaltung. Je größer beispielsweise der Bestand an Schweinen, desto häufiger treten Problemkeime auf – bei den Tieren, aber ebenso beim Großteil der dort Beschäftigten. Inzwischen lassen sich diese „Viehstall-assoziierten“ multiresistenten Keime zunehmend bei Menschen nachweisen, die zwar nie Kontakt zu

Tieren hatten, aber in Regionen mit besonders vielen Viehmastanlagen wohnen.

92 bis 96 Prozent der Masthähnchen erhalten in ihrem extrem kurzen Leben von nur gut einem Monat mehrmals Antibiotika. Bei der Größe der Bestände und der qualvollen Enge ist eine Einzelbehandlung kranker Tiere überhaupt nicht mehr möglich. Obwohl seit 2006 die prophylaktische Verfütterung von Antibiotika in Deutschland verboten ist, ging der Verbrauch in der Tiermast nicht zurück, sondern stieg weiter.

Das System ist krank, nicht das Tier

Das seit April 2014 geltende neue Arzneimittelgesetz des Bundes soll den Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung mindern helfen. Unsere Kleine Anfrage ergab, dass

in Brandenburg Antibiotikagaben in der Tiermast nie systematisch erfasst und ausgewertet wurden. 80 bis 90 Prozent der Risikobetriebe mit vielen Tieren werden von den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern gar nicht kontrolliert.

Unsere Fraktion hat die rot-rote Landesregierung aufgefordert, eine staatliche Datenbank zur Erfassung der Antibiotikavergaben für TierhalterInnen und -ärztInnen bereitzustellen und die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter mehr zu unterstützen.

*Ursula Nonnemacher
Gesundheitspolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/r98



Antibiotika - nur bei Bedarf!

© jensche - Fotolia.com

POPCORN JA, GENMAIS NEIN

Großes, grünes Kino: Über alle Sitzreihen und Fraktionsgrenzen hinweg folgten im Frühjahr 2014 fast alle brandenburgischen Landtagsabgeordneten dem Antrag unserer Fraktion gegen den Genmais 1507. Rot-Rot muss sich nun im Bund und der EU gegen die Genehmigung und den möglichen erstmaligen Anbau der Genmaissorte 1507 in Brandenburg, Deutschland und den anderen EU-Ländern starkmachen. Wenn die EU-weite Zulassung nicht abgewendet werden kann, ist ein rechtssicheres nationales Anbauverbot zu erlassen.

Gift von 1507 ist nicht 0815

Das Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Sorten an sich gehört dringend auf den Prüfstand. Die Risikobewertung ist bisher äußerst lückenhaft, neue Forschungsergebnisse werden nicht berücksichtigt. Es gibt keine Untersuchungen zu Langzeitwirkungen auf die Umwelt. Eine der wenigen unabhängigen Studien zu gesundheitlichen Folgen wies eine beeinträchtigte Fruchtbarkeit bei mit Genmais gefütterten Mäusen nach.

Inzwischen wissen wir auch, dass die Agro-Gentechnik keine höheren Erträge bringt und entgegen den Behauptungen von Monsanto und anderer US-Agrarriesen nicht weniger Pestizide braucht – im Gegenteil: Weil die unerwünschten Beikräuter, Pilze und Schadinsekten zu-

nehmend Resistenzen ausbilden, müssen immer mehr Pestizide auf die Äcker. Agro-Gentechnik nützt allein den Konzernen, weil sie Landwirtinnen und Landwirte vom Saatgut abhängig macht.



Derzeit werden gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland nirgendwo mehr zu kommerziellen Zwecken angebaut. Die Zeiten, in denen Brandenburg bundesweit Spitzenreiter beim Anbau solcher Pflanzen war, gehören der Vergangenheit an. 2011 hatte unsere Fraktion erreicht, dass auf landeseigenen Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden. Jetzt ist Rot-Rot in der Pflicht, sich für eine Kennzeichnung sämtlicher Lebensmittel einzusetzen, die mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden – auch von Honig, der Gentechnik-Pollen enthält.

Vorsicht: TTIP

Mit dem geplanten Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA drohen erkämpfte Standards u. a. in der Lebensmittelsicherheit, im Umwelt- und VerbraucherInnenschutz – auch bei der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten oder geklonten Produkten – wieder zu kippen. Was Brandenburg dagegen und für mehr Transparenz bei den Verhandlungen tun kann, wird auf Antrag unserer Fraktion nun in den Landtagsausschüssen und im Juni auf einer Anhörung diskutiert.

*Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender
Sabine Niels, Agrarpolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/prc

AUCH MULTITALENT BRAUCHT FÖRDERUNG

Seit diesem Jahr können Landwirtschaftsbetriebe, die auf Ökolandbau umstellen wollen, endlich wieder Gelder dafür bekommen. Mehrmals hatte unsere Fraktion beantragt, die 2011 gestoppte Förderung wieder zu ermöglichen, die Brandenburg als einziges Bundesland ausgesetzt hatte.

Mit gut 10 Prozent Ökolandbau ist das Land in Deutschland zwar Spitzenreiter, kann aber die Nachfrage nach Bioprodukten in der Region nur zu 15 Prozent decken. Durch den Förderstopp der Landesregierung bedingt gehen die Zahl der Ökobetriebe und die Anbaufläche wieder zurück. Dabei ist Biolandwirtschaft ein

Multitalent: Sie kommt ohne künstlichen Dünger und chemischen Pflanzenschutz aus, schont Boden, Wasser und Klima, bewahrt Tiere und Pflanzen und erzeugt



gesunde hochwertige Lebensmittel. Ökolandbau stößt nur halb so viele Treibhausgase wie die konventionelle Landwirtschaft aus, bringt aber mehr Menschen in Arbeit. Die Nutztiere werden artgerecht gehalten, zumeist mit selbst hergestelltem Futter versorgt und bekommen weniger Antibiotika. Wir fordern die Landesregierung auf, dieses Potenzial für den ländlichen Raum Brandenburgs besser zu nutzen, die Beratung für den ökologischen Landbau auszubauen und die Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Handel besser zu unterstützen.

*Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender
Sabine Niels, Agrarpolitische Sprecherin*

SCHWERES ERBE AUF DEM LAND

Landwirtschaft und Eigentum – das war ein Themenfeld in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Das von unserer Fraktion angestoßene Gremium hat im Frühjahr 2014 seine abschließenden Handlungsempfehlungen dem Brandenburger Landtag übergeben. Es soll u. a. einen Härtefallfonds für politisch Verfolgte geben und die historische und demokratische Bildungsarbeit an Schulen verbessert werden.

Im Agrarbereich kamen die gescheiterten unrechtmäßigen 40 LPG-Umwandlungen, bei denen viele Bauern und Bäuerinnen bei der Umwandlung ihrer Genossenschafts-

anteile übergangen wurden, auf den Prüfstand. Die vom Land enteigneten, so genannten Neusiedler-ErbInnen sollen nach dem Votum der Kommission mit geeigneten Initiativen wieder in ihre Eigentumsrechte gesetzt werden. Einen entsprechenden Entwurf unserer Fraktion für ein Bodenreformwiedergutmachungsgesetz lehnte die Mehrheit von SPD und Linken im Landtag kürzlich noch ab – und wollte das Papier nicht einmal in den Ausschüssen diskutieren. Fraktionsübergreifend werden zwar die Probleme anerkannt, die viele Menschen nach 1989 um ihr ererbtes Eigentum gebracht und mitunter auch in Existenznöte gestürzt haben

und für die das Land Brandenburg durch sein rigoroses Vorgehen gegen Erben von Bodenreformgrundstücken nach 1992 verantwortlich war. Rot-Rot versucht aber, die im Lande hausgemachten und hier zu lösenden Probleme auf den Bund abzuschieben – dabei hat dieser die enteigneten Flächen inzwischen den Ländern zur alleinigen Verfügung überlassen. Eine solche Form von Verantwortungsverweigerung ist völlig inakzeptabel.

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender

*S. Interview zur
Enquete S. 8*

www.gruenlink.de/pq6

ENQUETE ZUR DDR-AUFARBEITUNG

„DIE REGIERUNG BEIM WORT NEHMEN“

Die von unserer Fraktion angestoßene Enquete zur DDR-Aufarbeitung hat ihre Arbeit beendet. Wir sprachen dazu mit Helmut Müller-Enbergs, dem von uns benannten sachverständigen Mitglied in der Kommission.

Worin liegt aus Ihrer Sicht der Erfolg der Enquete 5/1?

Müller-Enbergs: Es fehlte eine kritische Erörterung der regionalen Diktaturerfahrung im Land Brandenburg, insbesondere in den Parteien selbst, und teils auch in der Forschung. Dieses Defizit ließ jene im Stich, über die die Geschichte hinweg gegangen ist. Das zum Thema einer Enquete zu machen, ist Erfolg an sich. Umso überraschender, als die rot-rote Regierung mit den Handlungsempfehlungen zumindest nun im Wort ist, manche Impulse aufzunehmen.

Sie haben jedoch ein Minderheitenvotum zum Bericht abgegeben ...

Müller-Enbergs: Ich habe dem Abschlussbericht der Enquete mit gutem Gewissen beigepflichtet, ihm zugestimmt. Nur fehlt darin vieles von dem, was in der Enquete an Wissen geschürft und aus dem Abschlussbericht durch die Regierungsfractionen gegen den Willen von Bündnis 90/Die Grünen heraus gestimmt wurde. Wesentliche Punkte gesondert aufzuschreiben war daher geboten, was nur

noch mit einem abweichenden Votum möglich war. Ergänzungsbericht wäre treffender.

Ein Abschlussbericht liegt vor, einen Schlussstrich aber dürfe es nicht geben, heißt es. Was bedeutet das konkret?

Müller-Enbergs: Ach, den Beteuerungen, keinen Schlussstrich ziehen zu wollen, weht schon im Moment ihrer Äußerung das Moderige an. Von dieser Regierung ist weiter kein Aufarbeitungswille zu erwarten. Denn manche ihrer Abgeordneten stehen noch heute nicht zu ihrer politischen Biographie, die skandalöse Frühgeschichte des Landes Brandenburg um den Regierungsbevollmächtigten für den Bezirk Potsdam ist wie zuvor ein Tabu, und die Stiftungsprofessur, die das aufdröseln könnte, wird, das ist zu erwarten, mit einem Parteisoldaten besetzt werden. Auf Bündnis 90/Die Grünen kommt also als einzige politische Kraft in der nächsten Legislaturperiode die Aufgabe zu, sich für die Handlungsempfehlungen der Enquete zu exponieren, die Regierung beim Wort zu nehmen. Dann wird sich zeigen, ob die einzige Filiale der Stasi-Unterlagenbehörde



Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs (Syddansk Universitet) ist seit 1992 bei der Stasi-Unterlagenbehörde tätig.

in Brandenburg, die in Frankfurt (Oder), bleibt, was die Enquete einstimmig empfahl, oder das Land Brandenburg Stasi-Akten-frei wird.

Ein Gradmesser gegen den Schlussstrich könnte schon sein, wenn neben den beachtlichen Aktenbeständen der SED im Land Brandenburg als kleine Schwester die Unterlagen der Eckermänner der Stasi zur Seite stehen – am besten in Potsdam. Einem Mann wie Dietmar Woidke traue ich zu, da Akzente zu setzen.

www.gruenlink.de/pq5



BITTERER NACHGESCHMACK

Schöne heile Welt? Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt aus der Waldwirtschaft, betrifft aber alle Lebensbereiche.

© daimages - fotolia.com

Wenn nicht fast zeitgleich der Braunkohleausschuss sein JA zum neuen Tagebau Welzow Süd II verkündet hätte, wäre die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie Ende April wohl gänzlich ohne Nachhall in der Öffentlichkeit über die Bühne gegangen. So aber sah sich Rot-Rot genötigt davor zu warnen, die Nachhaltigkeitsstrategie auf das Thema Braunkohle zu reduzieren: Aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung des Abbaus in der Lausitz, meint sie, bleibe die Braunkohle der Energieträger für eine Übergangszeit.

Braunkohle kontra Nachhaltigkeit

Als nachhaltig gilt eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht ohne die der künftigen zu gefährden – und zwar in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht. Das Festhalten an der Braunkohleverstromung untergräbt aber bereits die Interessen der heutigen Generation, von denen künftiger ganz zu schweigen. Sie ist nicht nur klima- und umweltschädlich, sie rechnet sich nicht, behindert die erneuerbaren Energien und zerstört die Heimat und die soziale Gemeinschaft der Menschen.

Der 100 Seiten umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie fehlen zu meist klare Visionen, positive Leitbilder und meistens konkrete

Maßnahmen – besonders auch für die biologische Vielfalt und die Landnutzung. Dass diese beiden Kernthemen viel zu kurz kommen, kritisierte auch der Nachhaltigkeitsbeirat des Landes.

Umsetzung ist völlig offen

Vereinzelte Maßnahmen sind angekündigt: Es soll ein Konzept für eine CO₂-neutrale Landesverwaltung erarbeitet und das Umweltmanagementsystem in weiteren Behörden eingeführt werden. Was aber die Umsetzung der Strategie angeht, bleibt das Meiste offen. Unsere Fraktion will ein Nachhaltigkeitsbüro bei der Staatskanzlei angesiedelt sehen, damit die Strategie dem ganzheitlichen Ansatz überhaupt gerecht werden kann. Und wir fordern eine Nachhaltigkeitsprüfung für alle Vorhaben und Gesetzentwürfe der Landesregierung. Ansonsten droht das zarte Pflänzchen Nachhaltigkeitsstrategie in den Schubladen des Umweltressorts zu verwelken.

Michael Jungclaus
Umwelt- und energiepolitischer Sprecher

IM PORTRAIT

STEFANIE WALDVOGEL: FÜR EINEN HIMMEL VOLLER GEIGEN



Wer die Landschaften und Still-Leben an den Wänden in ihrem Haus in Zeuthen erblickt, könnte sie für einen Kommentar zum BER halten, der nur 7 Kilometer Luftlinie entfernt entsteht. So eine leise hintergründige Demonstration wäre Stefanie Waldvogel durchaus zuzutrauen. Dennoch werfen die Bilder eher ein Licht auf ihr Leben vor der bündnisgrünen Fraktion im Landtag, vor dem BER, vor Brandenburg.

Die seit Anfang 2014 in der Fraktion tätige BER-Referentin hat in Bayern Kunstgeschichte studiert. Dort ist sie auch aufgewachsen, in der Nähe von München-Riem, an einer der meist befahrenen Bahnlinien Deutschlands. „Aber Fluglärm ist schlim-

mer. Er ‚orgelt‘ so und kommt diffus von oben“.

Die mittelalterliche Malerei, ihr Spezialgebiet, mit dem sie sich auch 3 Jahre am Max-Planck-Institut in Rom wissenschaftlich beschäftigte, das Denken in Italienisch und Latein, das geliebte Bergwandern in den Alpen – das alles hat die heute 50-Jährige vor fast 10 Jahren eingetauscht

gegen ein Leben mit aktueller Politik, lebendiger deutsch-deutscher Geschichte am Gartenzaun, Kanufahren und: ordentlich Lärm.

Einer Demokratie unwürdig

Als ihr Mann 2004 eine Physik-Professur in Berlin antrat, zog die Familie mit den damals 2 und 3 Jahre alten Söhnen nach Zeuthen. „Natürlich wussten wir, dass es mit dem BER lauter würde. Und doch hat es uns wie Zehntausende andere im Herbst 2010 kalt erwischt, als urplötzlich die Flugrouten geändert wurden“, erinnert sich Stefanie. „Im ersten Moment sorgte ich mich um meine Ruhe. Doch viel mehr empörte mich, von der Politik und der

Flughafengesellschaft bewusst getäuscht worden zu sein.“ Die früher eher unpolitische Wissenschaftlerin trat dem Bürgerverein „Leben in Zeuthen“ bei, übernahm dort die Öffentlichkeitsarbeit, schrieb das Schwarzbuch BER. „Beim BER wurde getrickst, gekungelt und gelogen. Das ist einer reifen Demokratie unwürdig“.

Gehört werden

Doch Gehen, gar Zurückgehen würde Stefanie Waldvogel nicht. Die BürgerInneninitiative, die Arbeit in der Fraktion, jetzt die Kandidatur für die Gemeindevertretung Zeuthen: „Gesellschaftliche Prozesse mitgestalten, erfüllt mich.“ Genauso wie die Begegnungen mit den Nachbarn. „Ich hatte keine Verwandten in der DDR, sah die deutsche Teilung früher nüchtern als Kriegsfolge“, erinnert sich Stefanie. „In den Gesprächen am Gartenzaun spüre ich das kulturell und geschichtlich Verbindende. Mit einer meiner besten ‚Ost‘freundinnen feiere ich nun jedes Jahr am 3. Oktober die deutsche Einheit.“ Die musikalische Begleitung dazu würde sie auch gern selbst liefern. Noch sucht Stefanie nach einem Musizierkreis, in dem eine Geige gebraucht wird – z. B. für die Streichquartette von Mozart oder Haydn.

Frauke Zelt

FLUGHAFENKONFERENZ AM 14. JUNI 2014

SCHLUSS MIT LUFTSCHLÖSSERN UND WOLKENKUCKUCKSHEIMEN

Die massiven BürgerInnenproteste und -initiativen im Umfeld deutscher Flughäfen und um den BER zeigen, dass zwischen den Interessen eines immer größer werdenden Kreises von Betroffenen und der Flugbranche eine Schiefelage entstanden ist. „Die Privilegierung des Luftverkehrs gegenüber Umweltrecht und Immissionsrecht ist überholt“, bringt es die Abteilungsleiterin im Bundesumweltministerium Gertrud Sahler anlässlich der Vorstellung eines Gutachtens zur Fluglärmreduzierung des Sachverständigenrates für Umweltfragen auf den Punkt. „Einschränkungen können nicht den Untergang bedeuten.“

Flughafenkonferenz der Fraktion

Die wegen der dichten Besiedelung besonders schwerwiegenden Probleme rund um den BER, dazu das aktuelle Bau- und Finanzdesaster veranlassen uns, eine öffentliche Flughafenkonferenz zu veranstalten. Die Vorträge beleuchten sowohl die deutschlandweite Problemlage als auch die Situation am BER. Wir diskutieren die Auswirkungen des Flugbetriebs auf die Gesundheit von FlughafenanwohnerInnen und bewerten die wirtschaftlichen Effekte von Flughäfen. Im Fokus stehen hier die Ergebnisse der von den bündnisgrünen Fraktionen in Brandenburg, Berlin und im

Bundestag beauftragten Wirtschaftsstudie zum BER. Sie soll den Weg aufzeigen, wie die jährlichen Zuschüsse aus den öffentlichen Haushalten verringert werden können. Weitere Themen sind die Berechnung und Bewertung von Fluglärm und Flugrouten, die Chancen und Grenzen aktiven und passiven Lärmschutzes und die rechtliche Stellung der Betroffenen. Statt in Konkurrenz zu internationalen Luftdrehkreuzen wie Frankfurt (Main), Paris oder London zu gehen, muss die FBB den BER entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss betreiben: als mittelgroßen Single-Airport für das regionale Verkehrsaufkommen von Berlin und seinen engen Verflechtungsraum. Die Deckelung

des Flugbetriebs auf 360.000 Flugbewegungen im Jahr ermöglicht das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender

Christoph Schulze,
stellv. Mitglied im BER-Sonderausschuss
für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mehr zum Programm und zur Anmeldung für die Flughafenkonferenz am Samstag, 14. Juni, von 10 bis 18 Uhr in der TH Wildau auf S. 12 bzw. unter gruenlink.de/pt5





Die Studierenden und die Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb haben ein besseres Hochschulgesetz verdient. Die Blockade der SPD und die Schwäche der Linken, ihre eigenen Forderungen von 2009 durchzusetzen, haben einen wirklichen Fortschritt bei den Arbeits- und Studienbedingungen aber verhindert. Immerhin konnte unsere Fraktion Rot-Rot für Mindestvertrags-

laufzeiten für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen gewinnen. Aber statt Dauerstellen für Daueraufgaben einzurichten und damit die Lehrbeauftragten zu entlasten, werden diese weiterhin oft für Dumpinglöhne beschäftigt – Arbeiten wie Korrekturen, Prüfungsabnahmen und Betreuung fallen unter den Tisch. Mehr Mitbestimmung an den Hochschulen und ein gebüh-

renfreies Studium für alle bis zum ersten Masterabschluss hatten nicht nur wir, sondern auch die Jugendorganisationen von SPD und Linken gefordert. Die eingeschränkte Mitsprache in Hochschulgremien bleibt aber ebenso unangetastet wie die rechtlich umstrittene Rückmeldegebühr für Studierende. Anders als in Berlin ist das Parlament auch künftig bei der Hochschulentwicklungsplanung des Landes und den Verträgen zwischen Ministerium und Hochschulen außen vor.

Am Ende bleibt's bei der roten Laterne: Brandenburg stattet seine Hochschulen nicht nur finanziell am schlechtesten aus. Es verpasst ihnen auch noch ein armseliges Gesetz.

Marie Luise von Halem
Wissenschaftspolitische Sprecherin

SCHNICK SCHNACK SCHNUCK MIT PIN UND PUK?

Der Bund deutscher Kriminalbeamter weiß es nicht und die Datenschutzbeauftragte auch nicht, ExpertInnen zucken die Schultern und auch wir sind verwirrt: Wann und unter welchen Voraussetzungen die Polizei auf Bestandsdaten wie Name, Anschrift, Bankverbindung, Rufnummer, Passwörter, PIN und PUK zurückgreifen darf, bleibt dank Rot-Rot auch im neuen Polizeigesetz unklar. Der Zugriff auf Zugangscodes soll möglich sein, „wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nutzung der Daten

vorliegen“. Die Voraussetzungen aber sind unklar, eine Überprüfung fällt somit schwer – ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Und wird nur auf PIN und PUK derjenigen zugriffen, die für die Gefahr verantwortlich sind, oder auch bei Unbeteiligten die Tür zu allen Inhalten auf Handy und Smartphone geöffnet?

Wir wehren uns dagegen, BürgerInnenrechte einzuschränken, und fordern: Nur wenn die Abwehr einer Gefahr für Leib,

Leben oder die Freiheit einer Person ausichtslos oder wesentlich erschwert ist, darf auf Handy-Daten zugegriffen werden. Doch diese auch für PolizistInnen klarere Regelung fand nicht den Weg ins Gesetz. Überhaupt gibt es diese Bestandsdatenauskunft nur in 6 Bundesländern. Die SPD in Berlin hat sich gegen die Datenerhebung erfolgreich starkgemacht.

Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin

FAIRER STROMPREIS FÜR BRANDENBURG

Brandenburger Haushalte zahlen im bundesweiten Vergleich einen hohen Strompreis – den dritthöchsten hinter Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Das liegt insbesondere an hohen Netznutzungsentgelten. Die werden auf den Strompreis aufgeschlagen und sind in Brandenburg mit durchschnittlich 8,48 Cent pro Kilowattstunde (kWh) deutschlandweit am höchsten. In Hamburg und Berlin sowie in dichter besiedelten Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind sie vergleichsweise gering. Das ergab ein Gutachten unserer und 5 weiterer bündnisgrüner Landtagsfraktionen.

Kosten ungerecht verteilt

Dass insbesondere Ostdeutsche höhere Netzentgelte zahlen, weil sie in dünn besiedelten Regionen mit wenig VerbraucherInnen und langen Leitungswegen wohnen, finden wir ungerecht. Es ist wenig verständlich, dass ein Berliner Haushalt schon heute 116 Euro weniger Netzgebühren pro Jahr bezahlt als ein Brandenburger, obwohl der Strom von Brandenburg nach Berlin geliefert wird. Die Netznutzungsentgelte machen im Bundesdurchschnitt heute bereits knapp ein Viertel der Endverbraucherkosten für Strom aus, in Brandenburg knapp ein

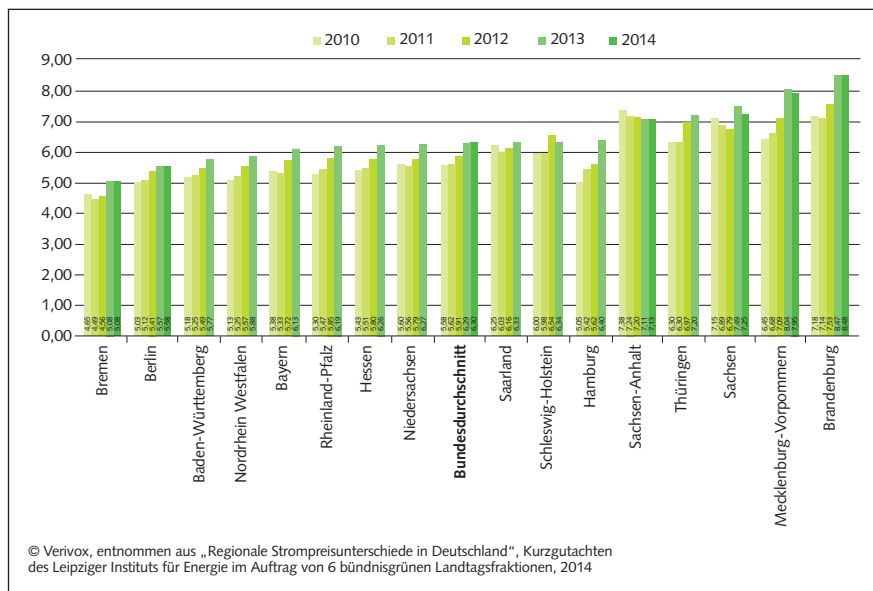
Drittel. Die unterschiedlichen Netzgebühren sind auch kein kurzfristiges Phänomen. Das von uns beauftragte Leipziger Institut für Energie rechnete vor, dass sich die regional unterschiedlichen Netznutzungsentgelte in Zukunft immer weiter auseinander bewegen werden.

Einheitliches Netznutzungsentgelt

Um den strukturellen Nachteil der bevölkerungsarmen Länder und die hinzukommenden Kosten für den weiteren Netzausbau gerecht zu verteilen, fordern wir ein bundesweit einheitliches Netzentgelt. Dies würde die BrandenburgerInnen um 2,18 Cent pro kWh entlasten – und in etwas geringerem Maße auch alle anderen ostdeutschen StromkundInnen.

Die Mehrkosten in Berlin mit 0,72 Cent pro kWh und in Bayern mit 0,16 Cent pro kWh würden sich dagegen in Grenzen halten. Die GutachterInnen zeigen in der Studie einen einfachen und schnell umsetzbaren Lösungsweg, wie die Netzentgelte weiterhin nach Leistung mit den Netzbetreibern abgerechnet werden können, ohne dass die Privathaushalte mit unterschiedlichen Netznutzungsgebühren konfrontiert werden müssen.

Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender



Netznutzungsentgelte für Haushaltskunden nach Bundesländern

www.gruenlink.de/pox



WAS IST EINE GUTE KITA?

© konradbak – fotolia.com

Wir wissen, dass fast alle 1- bis 6-jährigen Kinder in den rund 1.800 Kitas des Landes betreut werden können und welche Angebote zur frühkindlichen Bildung dort bestehen. Aber wie es um die pädagogische Qualität der Betreuung steht, ist kaum bekannt. Laut Bildungsbericht Berlin-Brandenburg 2013 kommen die Kreise und kreisfreien Städte sehr unterschiedlich ihrer Verpflichtung nach, die Kita-Qualität zu sichern und weiter zu entwickeln. Unsere Fraktion schlägt der Landesregierung deshalb ein Qualitätsmonitoring durch externe Fachleute vor, um Kitas besser helfen zu können.

Wir sprachen dazu mit Prof. Wolfgang Tietze, Leiter der aktuellen Nubbek-Studie (Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit).

Wie kommen wir zu einer qualitativ besseren Kita?

W. Tietze: Wir brauchen neben vielen innovativen Ansätzen und Projekten, die es erfreulicherweise im Land gibt, ein systematisches und flächendeckendes Qualitätsentwicklungsprogramm – jenseits der politischen Mehrheiten. Ich würde mir wünschen, dass es zu einem parteiübergreifenden „runden Tisch“ im Hinblick auf den qualitativen Ausbau des Früherziehungssystems in Brandenburg käme, um den erforderlichen fachpolitischen Konsens und Druck zu erzeugen. Brandenburg hat im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern Nachholbedarf bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen wie Gruppengrößen und Personalschlüssel.

Wie viele Kinder sollten in einer Gruppe sein?

W. Tietze: In Gruppen mit Kindern unter einem Jahr sollte eine Erzieherin zuständig sein für nicht mehr als 3 oder 4 Kinder. Bei den 1- bis 3-Jährigen ist ein Personalschlüssel von 1:5 oder 1:6, bei den 3- bis 6-Jährigen ein solcher von 1:8 vernünftig.

Das erfüllt momentan aber keine öffentliche Kita.

W. Tietze: Wir müssen die Rahmenbedingungen mittelfristig verbessern. Dazu ge-

hört nicht nur mehr Personal, sondern auch besser ausgebildetes Personal, ebenso die systematische Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Es reicht nicht, immer mal zu einem Fortbildungswochenende zu fahren und danach wieder auf eine Realität in der Kita zu stoßen, die es häufig nicht erlaubt, das Gelernte umzusetzen. Gut wäre eine Im-Haus-Qualifizierung des gesamten Teams. Und wir brauchen auch eine Verbesserung des Stützensystems bei den Trägern, z. B. durch verbesserte und dichtere Fachberatung der einzelnen Einrichtungen.



© privat

Das vollständige Interview von Simone Schmollack mit Wolfgang Tietze ist in unserer Broschüre „Was ist eine gute Kita“ nachzulesen. Was eine gute Kita (aus-)macht, diskutieren Prof. Tietze und die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Marie Luise von Halem mit Erzieher_innen, Kitaleiter_innen und (Groß)Eltern auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen im Land.

Termine s. S. 12

www.gruenlink.de/ppd

MEHR ALS EIN FALL: JUGENDLICHE FLÜCHTLINGE

Sie kommen aus Afghanistan und dem Sudan, aus Somalia, Äthiopien und Kamerun. Sie sind nicht älter als 18 Jahre, vor den Kriegen in ihrer Heimat geflüchtet und allein unterwegs. Als „katastrophal“ bezeichnete der Fachverband für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge den Umgang des Landes Brandenburg mit diesen Jugendlichen. Unsere Fraktion hatte 2013 Unregelmäßigkeiten bei der Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt kritisiert.

Rettungsanker ALREJU

ALREJU in Fürstenwalde ist ein Glücksfall für minderjährige Flüchtlinge. Das Projekt des Diakonischen Werks Oderland-Spree in Fürstenwalde betreut als einziges in Brandenburg allein reisende Jugendliche. Je zwei BetreuerInnen kümmern sich in Wohngruppen um 5 bis 7 der insgesamt derzeit 56 Jugendlichen. Diese können Sport- und Freizeitangebote nutzen sowie einen Schulabschluss ablegen.

Die Rechtslage für Flüchtlinge zwischen 16 und 18 Jahren ist widersprüchlich: Laut Jugendhilfegesetz haben sie wie die unter 16-Jährigen einen Rechtsanspruch auf eine stationäre Betreuung in einer Jugendhilfeeinrichtung, laut Asylgesetzgebung sind sie aber „asylmündig“. Im Schnellverfahren entscheidet die Zentrale Ausländerbe-



Sabine Niels (li.) und Ursula Nonnemacher (Mitte) mit Lars Dittmar, Detlef Schlingelhof und Mathilde Killisch (v.l.n.r.) beim Besuch von ALREJU im Frühjahr 2014.

hörde, ob diese Jugendlichen ins ALREJU kommen oder wie Erwachsene in ein reguläres AsylbewerberInnenheim, in dem nur eine Betreuungsperson für 120 Flüchtlinge zuständig ist. Die besonderen Bedürfnisse jugendlicher Flüchtlinge fallen da oftmals unter den Tisch.

Obwohl das Land 2011 ALREJU mit der Übernahme von Vereinsvormundschaften betraute, will es sich an der Finanzierung der für die rechtliche Betreuung der Jugendlichen notwendigen 2 Stellen nicht beteiligen. Unsere Fraktion hat beantragt, die Mittel aus dem Nachtragshaushalt des Landes zu zahlen, in dem 5 Mio Euro für zusätzliche Aufgaben bei der Betreuung von Flüchtlingen bereitgestellt wurden.

Residenzpflicht weiter lockern

Wir wollen die Situation aller Flüchtlinge in Brandenburg verbessern. Neben der bevorzugten Unterbringung in Wohnungen statt in Heimen ist uns die weitere Lockerung der Residenzpflicht wichtig. Obwohl die Regierung laut Landesintegrationskonzept Initiativen unterstützen will, die die räumliche Beschränkung des Aufenthalts von AsylbewerberInnen aufheben, hat Rot-Rot einen entsprechenden Antrag unserer Fraktion abgelehnt.

*Ursula Nonnemacher,
Innenpolitische Sprecherin
Sabine Niels,
Rechtspolitische Sprecherin*

VERANSTALTUNGSREIHE WAS IST EINE GUTE KITA?



ÖFFENTLICHE TAGUNG FLUGHAFEN- KONFERENZ

Marie Luise von Halem, MdL, und Erziehungswissenschaftler

Prof. Wolfgang Tietze diskutieren mit Ihnen am

Di., 3.6., 18.30 Uhr:

Alte Feuerwache, Bahnhofstraße 79, 15732 Eichwalde

Di., 10.6., 18.30 Uhr:

Familiencafé am Rosentunnel, Finkenkruger Straße 58, 14612 Falkensee

Mi., 11.6., 18.30 Uhr:

Hotel Fliegerheim, Friedrich-Engels-Straße 9, 14822 Borkheide

Di., 17.6. in Erkner (Ort und Zeit unter gruenlink.de/ppd)

Mo., 30.6., 18.30 Uhr: Regine-Hildebrandt-Haus, Sachsenhausener Straße 1, 16515 Oranienburg

Weitere Angaben unter www.gruenlink.de/ppd

BER-Flughafen-Konferenz am Sa., 14. 6., 10 – 18 Uhr in der Technischen Hochschule Wildau, Halle 17, Hochschulring, 15745 Wildau.

Anmeldung zur kostenfreien Teilnahme mit Angabe zum Mittagessen (5 €) bitte an:

veranstaltungen@gruene-fraktion.brandenburg.de
oder per Post bzw. Fax: 0331 – 966 1702

Näheres unter www.gruenlink.de/pt5

Infos zu weiteren Fraktionsveranstaltungen:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

UNSERE NEUEN PUBLIKATIONEN:

Grün ist ein Gewinn

Unsere Bilanz nach 5 Jahren
Oppositionsarbeit

**Regionale Strompreis-
Unterschiede in Deutschland**
Kurzgutachten

Was ist eine gute Kita?

Kurzfassung der Nubbek-
Studie zur Kita-Qualität

**Alle Publikationen lesen
und bestellen unter:**

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen



IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. 0331 – 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arlinger
Text- und Bildredaktion: Frauke Zelt
Titelbild: European Commission
Alle Bilder ohne Angabe: Fraktion
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG

brandGRÜN online – als Newsletter bestellen unter:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter